Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 8

Artikel: Nach den Reformen in der UdSSR : Administration der Landwirtschaft

Autor: Revesz, Laszlo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076845

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nach den Reformen in der UdSSR

Administration der Landwirtschaft

von Laszlo Revesz

Zu den undurchsichtigen Verwaltungsreformen der KPdSU, des sowjetischen Staatsapparates und der Industrie (siehe KB Nrn. 5, 6 und 7) kommt die nicht minder komplizierte Reform der Agrarverwaltung vom März 1962, mit deren Erörterung wir die gegenwärtige Untersuchungsreihe abschliessen. Die Reform der Agrarverwaltung hat zwar grundsätzliche Veränderungen bewirkt, scheint aber noch nicht endgültig abgeschlossen zu sein. Dies beweist, wie sehr Partei und Regierung der UdSSR auf dem Gebiet der Landwirtschaft lavieren müssen, um eine einheitliche Linie zwischen Ideologie und Praxis festlegen zu können.

Zwei Linien

Seit Ende 1962 laufen in der Verwaltung der Landwirtschaft zwei Verwaltungslinien parallel nebeneinander: auf der einen Seite die bisherigen Sowjets für Landwirtschaft, geführt vom Landwirtschafts-Ministerium (reine Staatsorgane), auf der anderen Seite aber die mit der Durchführung der März-Reform neuerrichteten Produktionsverwaltungen mit dem Unionskomitee für Landwirtschaft an der Spitze (gemischte Partei- und Staatsorgane). Die im März 1962 errichteten Produktionsverwaltungen der Kolchosen und Sowchosen der einzelnen Bezirke sind die untersten Stufen der zweiten Verwaltungslinie.

Die Leitung dieser landwirtschaftlichen Verwaltungsorgane wird durch einen eigenen Sowjet garantiert, dessen Mitglieder sich aus den folgenden Organisationen rekrutieren: die Leiter der verschiedenen Partei- und Komsomol-Vereinigungen, die Präsidenten der Exekutivkomitees der Bezirks-Sowjets, die Kolchos-Vorsitzenden und die Direktoren der Sowchosen, die Ersten Sekretäre der Parteikomitees der Produktionsverwaltungen und die Leiter der Bezirksabteilungen der «Sel'choztechnika» (das heisst der Zentralstellen für den Verkauf und für die Reparatur landwirtschaftlicher Maschinen — sie entsprechen den 1958 aufgelösten «MTS», die durch die «RTS» ersetzt wurden, welche aber ihrerseits später durch die «Sel'choztechnika» ersetzt worden waren). Dieser Sowjet wird vierteljährlich einberufen, um die wichtigsten Fragen der landwirtschaftlichen Produktion und der Erfassung der Güter zu beraten.

In den Gebieten, Grenzgebieten, autonomen Republiken und Unionsrepubliken der UdSSR wurden entsprechend der Reform sogenannte Komitees für Landwirtschaft errichtet, die von den Ersten Sekretären der Parteikomitees der Gebiete und Grenzgebiete, beziehungsweise von den Ersten Sekretären der Zentralkomitees der Parteien der Unionsrepubliken geleitet werden. An der Spitze dieser bürokratischen Hierarchie steht schliesslich das Unionskomitee für Landwirtschaft. (Vgl. A. Kaminskij: Die Organisation der Verwaltung für die landwirtschaftliche Produktion. «Ekonomitscheskaja Gazeta», 20. 10. 1962.)

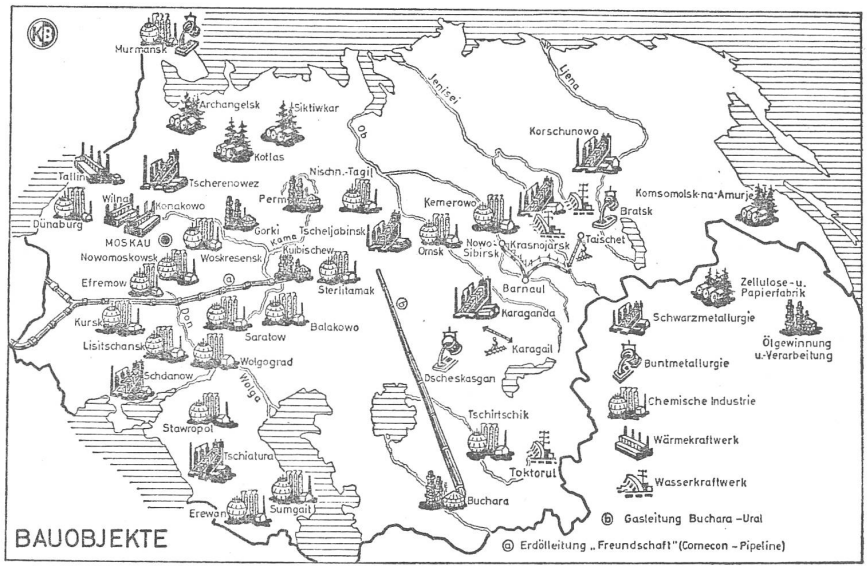
Die Aufgaben

der angeführten Produktionsverwaltungen der Kolchosen und Sowchosen in den einzelnen Bezirken sind vielfältig: es obliegt ihnen gleichzeitig sowohl die Ausführung der Partei- und Regierungsbeschlüsse als auch die Kontrolle der Ausführung. Weiterhin sind sie verantwortlich für die Produktion landwirtschaftlicher Güter und deren Beschaffung (das heisst Ankauf), soweit sie nicht produziert werden können, für die strikte Einhaltung der Staatsdisziplin, die Einhaltung der staatlichen Produktions- und Ankaufpläne für jeden einzelnen Kolchos und Sowchos. In ihren Aufgabenbereich fallen ferner die Detailplanung (im Rahmen des Gesamtplanes), Produktions- und Erfüllungsstatistik, das Rechnungswesen, die Prüfung der Produktions- und Finanzpläne und die jährlichen Rechenschaftsberichte der Kolchosen und Sowchosen an das Unionskomitee für Landwirtschaft beziehungsweise an das Unionsministerium für Landwirtschaft. Zu ihren Aufgaben gehören schliesslich die Kontroll- und Revisionstätigkeit in den Kolchosen und Sowchosen, die Kontrolle über die richtige (das heisst die von der Partei geforderte) Gestaltung der Produktion, die Kontrolle der Einhaltung der Normen und Lohnsätze in den Kolchosen und des Akkord-Prämien-Systems in den Sowchosen.

Da man vermutlich bei der Beschlussfassung der neuen landwirtschaftlichen Verwaltungsreform bereits eingesehen hatte, dass diese zahlreichen Aufgaben von den Produktionsverwaltungen nicht allein gelöst werden können, wurde gleichzeitig verfügt, dass bei den Produktionsverwaltungen der Kolchosen und Sowchosen der einzelnen Bezirke zum Zweck der Verwirklichung der Kontrolle und zur Hilfestellung Parteifunktionäre angestellt werden, die in zweierlei Funktionen tätig sein sollen: als «Inspektoren» und als «Organisatoren». Jedem Inspektor/Organisator ist eine bestimmte Anzahl von Kolchosen und Sowchosen unterstellt, womit für die Partei eine noch straffere Kontrolle garantiert wird. Es ist selbstverständlich, dass zusätzlich zu dieser extrembürokratischen Verflechtung von Partei und Administration beziehungsweise von Parteifunktionären und Fachleuten, jede Bezirks-Produktionsverwaltung über ein spezielles Parteikomitee verfügt.

Vierspur-Verwaltung

Parallel zur Hierarchie der Produktionsverwaltungen in den Bezirken, beziehungsweise zu den Komitees für Landwirtschaft wurden in den Gebieten, Grenzgebieten und den autonomen Republiken Verwaltungen, und in den Unionsrepubliken Ministerien für die Produktion und für die Erfassung landwirtschaftlicher Produkte (das heisst staatlicher Aufkauf) geschaffen (vgl. «Prawda», 24. 3. 1962). Gleichzeitig aber laufen die Aufgaben der bisherigen Sowjets für Landwirtschaft in den Gebieten und Bezirken usw. weiter. Lediglich der Verwaltungsapparat der Gemeindesowjets wurde nicht verändert. Auf allen übrigen Stufen der kommunalen sowjetischen Stufenleiter besteht nunmehr ein verwirrendes doppelgleisiges Verwaltungssystem. Zählt man allerdings die neugeschaffenen Verwaltungen beziehungsweise Ministerien für Erfassung hinzu, ergibt sich ein dreispuriges Bild. Denn diesen Organen obliegt nicht nur die Organisation und Abwicklung des Verkaufs der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sondern auch die Unterstützung der Produktion in den Kolchosen und Sowchosen, indem sie diese mit den notwendigen Krediten und Hilfsmitteln (Kunstdünger, Pflanzen-

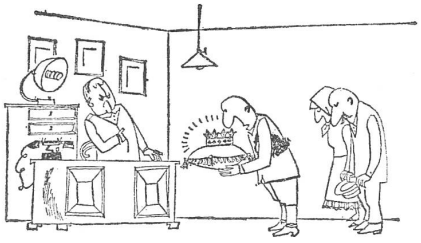


Die kommunistische Jugendorganisation Komsomol betreut alljährlich eine Anzahl Industriebauten, die meist durch Komsomolzen erstellt werden. 1962 wurden über 150 000 Jugendliche auf solche Baustellen beordert. 1963 sollen 160 Bauten errichtet werden. Die wichtigsten sind auf dieser Karte eingezeichnet.

Es handelt sich hier um den Einsatz angeblich freiwilliger Jugendlicher, auch entlassener Soldaten, die mit «Komsomol-Marschbefehlen» (komsomolskie putevki) zur Industrialisierung in die Neuland-Gebiete verschickt werden.

schutzmittel u. a.) versorgen (im Rahmen des sogenannten «Kontraktionssystems»). Die Kompetenzen dieser Verwaltungen und Ministerien wurden sogar noch dadurch erweitert, dass man ihretwegen die Planung abgeändert hat. Den Kolchosen wurde angeblich eine grössere Freiheit in der Planung gewährleistet. Jedenfalls erklärte Chruschtschew vor dem Plenum des ZK der KPdSU im März 1962: *«Wir bestimmen im neuen Planungsverfahren nicht mehr, welche und wieviele Kulturen ein Kolchos anbauen soll. Dafür schreiben wir den Kolchosen vor, welche und wieviele Erzeugnisse sie verkaufen sollen.»* («Prawda», 6. 3. 1962.)

Betrachtet man die gesamte reformierte Agrarverwaltung der UdSSR, kann man sogar noch eine vierte landwirtschaftliche Verwaltungslinie entdecken, nämlich diejenige der «Sel'choztechnika». Die Aufgabe dieser Einrichtungen ist es, die landwirtschaftlichen Betriebe mit Maschinen, Ersatzteilen und Mechanikern zu versorgen und darauf zu achten, dass die Maschinen in den Reparaturwerkstätten der «Sel'choztechnika» rechtzeitig repariert werden. Die «Sel'choztechnika» der Bezirke werden



«Der Geburtstag des Kolchos-Vorsitzenden.» («Krokodil», Moskau.)

zentral zusammengefasst in der Unionsvereinigung des Ministerrates der UdSSR für den Verkauf landwirtschaftlicher Maschinen (dem «Sojuz-Sel'choztechnika»).

Die Reform, so betonen die Partei- und Regierungsbeschlüsse ausdrücklich, dürfe aber keine Erweiterung oder Vergrösserung des administrativen Personalstabes nach sich ziehen. Wie dieses Kunststück freilich verwirklicht werden kann, ist den Beschlüssen von Partei und Regierung nicht zu entnehmen. Anderseits scheint es aber völlig unmöglich zu sein, die viergleisige Administration der Landwirtschaft ohne neues Personal zu bewältigen. Der einzige Punkt der Reform, den man als kostensenkend für die Agrarverwaltung ansehen kann, wäre die Verringerung der Anzahl der landwirtschaftlichen Bezirke von 3743 auf 960 (vgl. A. Kaminskij, a.d.O.). Kürzlich aber wurde die Zahl der landwirtschaftlichen Bezirke durch Regierungsbeschluss wieder auf 1500 erhöht, wobei diese Zahl nicht notwendigerweise der Weisheit letzter Schluss sein muss.

Der zweite Hauptpunkt

der Reform von 1962 ist die Zentralisierung der Agrarverwaltung. Aus der bisherigen Darstellung ergibt sich diese Zentralisierung ohnehin zwangsläufig. Zudem sind alle vier Verwaltungslinien zentral organisiert und haben auf Grund des «demokratischen Zentralismus» die Befehle der höheren und höchsten Organe unbedingt auszuführen.

Einfluss der Partei

Der dritte und letzte Hauptpunkt schliesslich betrifft die Erweiterung des Einflusses der Partei sowohl in den landwirtschaftlichen Verwaltungen als auch in den Produktionseinheiten. Die zweite Linie der Agrarverwaltung (die neuen Bezirks-Produktionsverwaltungen) wird mit der Partei am engsten verknüpft. Durch die in jeder Produktionsverwaltung aufgestellten Teams von Inspektoren und Organisatoren, die von den Zentralkomitees der Parteien der Unionsrepubliken delegiert werden, hat sich die Partei eine direkte — und sehr wirksame — Einflussmöglichkeit geschaffen. In diesem Zusammenhang erklärte Chruschtschew auf dem Märzplenum des ZK der KPdSU, dass dadurch gewissermassen die «politischen Abteilungen» der 1958 aufgelösten Maschinen-Traktorenstationen (MTS) wieder ins Leben gerufen würden. Unter Stalin hatten diese «politischen Abteilungen» eine wichtige Rolle bei der Kollektivierung der Landwirtschaft und später bei der Durchführung des Klassenkampfes in den Dörfern gespielt. Sie waren die eigentlichen politischen Führer in den ländlichen Gebieten, die Vertreter und Erfüllungsgehilfen der Partei beziehungsweise des Zentralkomitees.

Diese Parteifunktionäre haben die spezielle Aufgabe, einerseits die Produktion und die Planerfüllung zu kontrollieren, anderseits aber die Einhaltung der politischen und ideologischen Linie in der ländlichen Bevölkerung, vor allem in den Kolchosen und Sowchosen, zu garantieren. Es besteht kein Zweifel, dass diese Inspektoren und Organisatoren gleichzeitig die Leiter der Bezirks-Produktionsverwaltungen sein werden, indem sie das Vertrauen der höheren Parteiorgane geniessen und dem Primat der Ideologie und der Parteipolitik gegenüber den Experten Nachachtung verschaffen.

Durch die Einführung der neuen Organisation der Agrarverwaltung (die einer beinahe totalen Verbürokratisierung gleichkommt), hörte selbstverständlich auch jede noch so geringe Unabhängigkeit der Kolchosen vom Staat und von der Partei auf. Chruschtschew selbst hat dies auf dem Plenum des ZK der KPdSU im März 1962 unumwunden zugegeben: *«Die Beziehungen zwischen Genossenschaft und Staat können nicht auf dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aufgebaut werden.»* Selbst die relative Unabhängigkeit der Kolchosen von der Partei wurde aufgehoben. Denn bisher gab es immerhin noch eine Reihe von Kolchosen ohne Parteiorganisation, die eine Kontrollfunktion hätte ausüben können. Dieser Zustand ist nunmehr beendet.

Kibbuz und Kolchos

In den Gehirnen zahlloser Menschen geistert die Vorstellung umher, der israelische Kibbuz und der sowjetische Kolchos seien miteinander identisch, und, da der Kibbuz so grosse Leistungen in Israel gezeitigt habe (diese Tatsache hat sich immerhin bereits herumgesprochen), sei ja denn auch der Kolchos gar nicht so von Uebel. Nun ist dem aber bei weitem nicht so. Zwischen den beiden Formen des kollektiven Siedlungswesens besteht eine Reihe von grundlegenden Unterschieden.

Während der Kolchos eine Produktions- und Siedlungsform eines staatlich-planwirtschaftlichen und totalitären Systems ist, hat sich der Kibbuz in Israel völlig ohne staatliche Einmischung entwickelt und ist bis auf den heutigen Tag keiner staatlich-dirigistischen Planung unterworfen. Die Mitglieder eines Kolchos sind gezwungenermassen in diesen Verband eingetreten. Die Mitglieder eines Kibbuz treten dieser Siedlungsgemeinschaft absolut freiwillig bei. Zudem unterliegen die in einem Kibbuz Aufnahme Suchenden einer gewissen Auslese, denn der Kibbuz ist eine elitäre Gemeinschaft von Menschen, die bereit sind, besondere Gefahren, Schwierigkeiten und Aufgaben auf sich zu nehmen, um im Interesse der nationalen Gemeinschaft Land urbar zu machen und zu bebauen. Schliesslich kann jedes Kibbuzmitglied seine Gemeinschaft jederzeit auf eigenen Wunsch verlassen, ohne die von ihm eingebrachten Sachwerte zu verlieren; beim Verlassen des Kibbuz erhält der «Kibbuznik» sogar noch die nötigen finanziellen Mittel für den Start in seinen neuen Lebensabschnitt.

Einem «Kolchosnik» erginge es wohl übel, wollte er eines Tages seinen Kolchos auf eigenen Wunsch verlassen, um sich selbständig zu machen. Eine gewisse Zeit der Verbannung nach Sibirien wäre ihm zumindest sicher.

Sport

Ungarn

Polizeiwettkämpfe

Im Jahre 1962 haben sich an verschiedenen Sportwettkämpfen des ungarischen Innenministeriums über 70 000 Sportler beteiligt. Die Teilnehmer rekrutierten sich aus den «bewaffneten Kräften» des Innenministeriums: Polizei, Ordnungskräfte (d. h. die sogenannten «Arbeiterwachen», bzw. die der Partei unterstellten bewaffneten «Betriebskampfgruppen»), Grenzpolizei und Feuerwehr.

Diese Angaben gehen aus einem Bericht der Budapester Zeitung «Népszava» hervor. Die Sportwettkämpfe sollen im laufenden Jahr wiederholt werden. Die siegreichen Sportler des ungarischen Innenministeriums werden auch an den internationalen Wettkämpfen der Innenministerien und der Sicherheitsorgane der Ostblockländer teilnehmen. Aus der angegebenen grossen Zahl der Sportwettkämpfer (nicht der allgemein Sporttreibenden) kann man gewisse Rückschlüsse auf die Gesamtzahl der ungarischen Ordnungskräfte verschiedener Art ziehen.

In diesem Zusammenhang muss man sich der Tatsache erinnern, dass vor zwei Jahren im ungarischen Staatshaushaltsplan das Budget des Innenministeriums höher war als dasjenige des Verteidigungsministeriums. Dies deutet nicht nur darauf hin, dass die Theorie der kommunistischen Doktrin vom «stufenweisen Absterben» der innern Funktion des Staates in der Praxis unhaltbar ist, sondern lässt auch erkennen, dass das ungarische Regime die Hauptgefahr für seinen Bestand im Lande selbst und nicht im Ausland sieht.